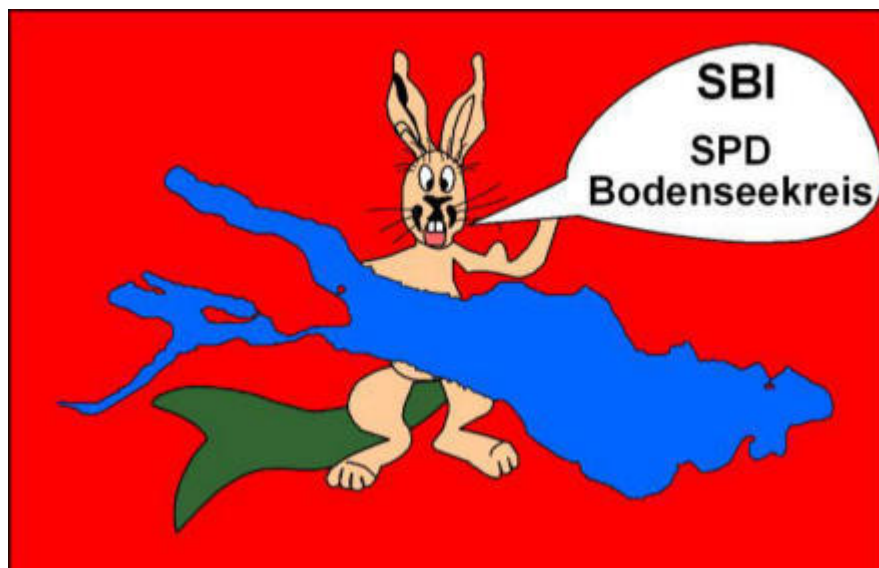


# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Das Thema rund um den Bodensee: Bildungspolitik – eine gemeinsame Veranstaltung „Bildungsgerechtigkeit im Dreiländereck A – CH – D“ am 26.04.2008 der SBI in Friedrichshafen unterstreicht die gemeinsame kulturelle Tradition der Region auf.

Die Verkehrsprobleme am See betreffen nicht nur Bahn und Straße. Auch in der Luft, sorgen sie auch für Aufregung.

Erstaunlich ist die Aktivität unseres „Betreuenden MdB“ Martin Gerster. Was der an Wahlkreisarbeit auf die Beine stellt! Vor allem seine Jugendarbeit sollte man zur Nachahmung empfehlen.

Bundestagswahl und Europawahl werfen ihre Schatten voraus: die Kandidaten für die Nominierungen künden sich an.

es grüßt Sie

die Redaktion

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

### Aus dem Inhalt

- DL 21: Forderungen 2008 Fortsetzung 2-3
- NPD-Verbot – CDU und hohe Strompreise  
Alle Energiepotentiale nutzen 3-5
- Kreisverband Bodensee – Norbert Zeller:  
- Aufregung im Bodenseekreis um Luft-  
verkehr – Für europäischen Verflech-  
tungsraum - Schwerlastverkehr: Zu-  
nahme u 37% - Wind wird rauer 5 -11
- EU- Fraktion: Deutschland braucht  
- gesetzl. Mindestlöhne – Evelyne Gebhardt  
kandidiert wieder für Europa 11-12
- Verantwortung für das Kosovo 12
- SBI: Vorarlberg: Frauenpolitischer Zynismus  
der Landesregierung – Ritsch: Sausgruber  
betreibt bewusste Fehlinformation 12-14
- SP CH: Kanton Thurgau – Verluste am  
6. April - Kanton SG: Vorschau auf die  
Aprilsession – Gerede um Kantonalbank 13-15
- Kreis BC und MdB Gerster:  
- Gerster sorgt für Fußballspiel – Gerster zeigt  
Informationen - Jugend und Parlament  
– Gerster im Elendsviertel 15-16
- Kreis Lindau: H. Dorf Müller macht Platz 16-18
- Jetzt sind wir dran – Zukunft der Bun-  
deswehr in der Region 19

## DL 21

### Forum demokratische Linke

Die Linke in der SPD  
Landesgruppe  
Baden-Württemberg

### Forderungen 2008

Fortsetzung zur Ausgabe 58

#### Wir fordern für 2008:

- Anhebung der Regelsätze auf ein arbeitsfestes Niveau (auf 420 Euro) und Überprüfung der Ausweitung einmaliger Bedarfe sowie keine Kürzung der Regelsätze bei Nichtannahme von Beschäftigung im Niedriglohnbereich sowie z.B. bei Krankenhausaufenthalt.
- Erhöhung des allgemeinen Vermögensfreibetrages von jetzt 150 Euro auf mindestens wieder 200 Euro pro Lebensjahr.
- Eigenständige Regelsätze für Kinder und Jugendliche und Ausweitung der einmaligen Bedarfe.
- Ein nationales Konzept gegen Kinderarmut.
- Mittelfristig soll Kindergeld und Kinderzuschlag zu einer arbeitsfesten Kindergrundsicherung ausgebaut werden.

#### **Eine Forderung der Strategiekonferenz am 23. Oktober 2004 war:**

11... die Einführung einer allgemeinen BürgerInnenversicherung im Gesundheitssystem, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen und zu deren Finanzierung alle Einkunftsarten herangezogen werden. Hierzu soll noch in dieser Legislaturperiode des Bundestags ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

#### **Wir stellen fest:**

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG, 2004) und das in der Großen Koalition verabschiedete Wettbewerbsstärkungsgesetz haben Auswirkungen auf die Versicherten gehabt: Wegfall der Härtefallregelung, Zuzahlungen. Und wichtige Teile des Wettbewerbsstärkungsgesetzes sind noch nicht umgesetzt.

#### Wir fordern für 2008:

- Steuerpolitisch fordern wir zudem die Überprüfung der Kürzungen der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für private Haushalte auf ihre Auswirkungen auf untere und mittlere Einkommen und die damit verbundene Schwächung der Konjunktur.

- Zumindest die Zurücknahme der Kürzung der Pendlerpauschale.
- Generell keine weitere Reduzierung öffentlicher und sozialer Ausgaben und Anhebung der öffentlichen und sozialen Ausgaben bei weiteren Steuereinnahmen durch Erbschafts- und Vermögenssteuer.

#### **Eine Forderung der Strategiekonferenz am 23. Oktober 2004 war:**

18...., dass die kommunale Selbstverwaltung gestützt und ihre Investitionskraft zurück gewonnen wird. Deshalb müssen die ursprünglichen Vorschläge der SPD zur Gemeindefinanzreform wieder aufgegriffen werden: FreiberuflerInnen müssen ebenso wie Gewerbetreibende bei der Gewerbesteuer herangezogen werden.

19. ..., dass die öffentlichen Haushalte weiter in umweltfreundliche Energien investieren bzw. Investitionsanreize für alternative Energien und fürs Energiesparen schaffen. Die Dezentralisierung der Energiegewinnung muss z.B. durch den verstärkten Einsatz von Photovoltaik und Blockheizkraftwerken durch die Kommunen vorangetrieben werden.

#### **Wir stellen fest:**

Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung wirkt, es schafft Arbeitsplätze, verbessert die Wohnqualität und schützt die Umwelt. Bis 2009 fließen 5,6 Mrd. Bundesmittel in die energetische Gebäudesanierung. Mit dem Programm wurden 2006 rund 220 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. 73 % der Wohngebäude sind älter als 1973 und wurden damit vor der ersten Wärmeschutzverordnung gebaut. Es besteht also ein hoher Sanierungsbedarf.

Seit Januar 2007 werden auch die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kindertagesstätten gefördert. Bundesmittel von 200 Mio. sind im Bundeshaushalt 2008 eingestellt. Zusammen mit den Anteilen der Länder und Kommunen beläuft sich das Finanzvolumen auf 600 Mio. Hierzu müssen die Länder dem so genannten Investitionspakt zustimmen.

Seit dem 1. September 2006 (Förderalismusreform I) liegt die Zuständigkeit für die Soziale Wohnraumbförderung bei den Ländern. Sie erhalten bis einschließlich 2013 vom Bund eine Kompensation in Höhe von 518,2 Mio. Euro jährlich. Dieser Betrag entspricht mehr als dem Doppelten der Finanzhilfen, die die Länder nach der geltenden Finanzplanung in den nächsten Jahren erhalten hätten. Auf Grund der demografischen Entwicklung wird die Anpassung der Wohnverhältnisse für altersgerechtes Wohnen besonders wichtig sein. Derzeit sind lediglich 250 000 Wohnungen altersgerecht. Nach Einschätzung wer-

den 2020 mindestens weitere 800 000 altersgerechte Mietwohnungen gebraucht.

Darüber hinaus werden die steigenden Energiepreise zur sozialen Frage. Die Strompreise für private Haushalte erhöhten sich von 1998 bis 2006 laut Verbraucherindex um 26,8 %. Jährlich werden 2,1 % der Anschlüsse (800 000 Haushalte) gesperrt. E.ON Bayern hat einen „Sozialrabatt“ von 9 Euro pro Monat auf die Energierechnung eingeführt.

EnBW, einer der vier großen in Deutschland tätigen Stromkonzerne ist im Besitz von zwei Großaktionären. 45,01 % der Aktien werden vom französischen Stromversorger Electricité de France gehalten. Ebenfalls 45,01 % entfallen auf den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke.

#### **Wir fordern für 2008:**

- **Erhöhung der Investitionsmittel auf jährlich 1,5 Mrd. Euro für energetische Sanierung.**
- **Ausweitung der Förderprogramme für altersgerechte Sanierung von Wohnungen.**
- **Absetzbarkeit der Sanierungsmaßnahmen für altersgerechtes Wohnen bei der Einkommenssteuer.**
- **Einführung eines „Sozialrabatts“ auf Energierechnungen.**

#### **Eine Forderung der Strategiekonferenz am 23. Oktober 2004 war:**

*20...., dass der Ausverkauf des Staatsvermögens beendet wird und weitere so genannte Privatisierungen unterbleiben. Öffentliche Güter und Dienstleistungen müssen dem Gemeinwohl unterstehen und demokratisch kontrollierbar sein.*

#### **Wir stellen fest:**

Die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG (DB AG) ist noch nicht abgewendet und es ist nicht sichergestellt, dass gewinnorientierte Investoren keinerlei Einfluss auf die bundeseigene Bahn-Infrastruktur bekommen.

#### **Wir fordern für 2008:**

- **Die notwendigen Finanzierungsmittel für die DB AG sollen über Anleihen, nicht über stimmberechtigte Volksaktien oder durch den Verkauf von Beteiligungen der DB AG an andere, dem Eisenbahnverkehr in Deutschland nicht unmittelbar dienende Unternehmensbeteiligungen gesichert werden.**
- **Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe. Bereits erfolgte Privatisierungen sind darauf hin zu überprüfen und ggf. zurück zu nehmen.**

#### **Eine Forderung der Strategiekonferenz am 23. Oktober 2004 war:**

*25...., dass ManagerInnen- und PolitikerInnen-einkommen offen gelegt und in ihre Höhe und Entwicklung in Relation zu den ArbeitnehmerInnen-einkommen definiert werden.*

#### **Wir stellen fest:**

Das Niveau der Managergehälter hat sich in den letzten Jahren immer stärker in die Höhe geschaukelt. Die Gehälter und Abfindungen der Vorstandscheffs stehen in keinem Verhältnis zu deren Leistungen bzw. deren Risiko: Wiedeking 56 Mio.; Kleinfeld 4,5 Mio.; Löscher 4,4 Mio.; Mehdorn 3,18 Mio.). Und es ist völlig bizarr, dass der Chef tausend Mal mehr leistet als der Sachbearbeiter.

#### **Wir fordern für 2008:**

- **Manager müssen in persönliche Haftung genommen werden können.**

Vorgelegt von Hilde Mattheis, Januar 2008

#### **NPD-Verbot:**

### **Landesregierung verweigert Mitarbeit**

#### **MdL Stephan Braun:**

***„Im Kampf gegen Rechtsextremisten müssen alle demokratischen Parteien an einem Strang ziehen“***

Die SPD-Landtagsfraktion hat der Landesregierung eine äußerst bedenkliche Untätigkeit bei der Prüfung eines NPD-Verbots vorgeworfen. „Mit der Weigerung, dem Bundesinnenministerium Material zur Vorbereitung eines neuen Verbotsverfahrens zur Verfügung zu stellen, kapituliert die Landesregierung vor der rechtsextremen Partei und fällt dem Bundesinnenminister und dem Bundestag in den Rücken“, sagte der Abgeordnete Stephan Braun, Sprecher der SPD-Fraktion für Verfassungsschutz und Extremismus.

Braun forderte die Landesregierung auf, die Vorbereitung eines neuen Verbotsverfahrens gegen die NPD aktiv zu unterstützen. „Im Kampf gegen Rechtsextremisten müssen alle demokratischen Parteien an einem Strang ziehen.“ Indem Rech Berlin den Dienst verweigere, gefährde er den Erfolg eines möglichen erneuten NPD-Verbotsverfahrens.

Bis Ende März hatte Bundesinnenminister Schäuble den einzelnen Ländern Zeit gegeben, Erkenntnisse über NPD-Aktivitäten zusammen zu tragen und dem Bundesinnenministerium zur Verfügung zu stellen. Während die SPD-Innenminister eigens eine Arbeitsgruppe zu diesem Zweck eingerichtet hätten, verwei-

gerten Baden-Württemberg und weitere unionsgeführte Bundesländer bis zur Stunde ihre Mitarbeit.

Innenminister Rech begründete sein Verhalten laut einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit dem „sehr passiven Auftreten“ der NPD in Baden-Württemberg. Diese Einschätzung hält Braun für einen gefährlichen Fehler: „Die Planungen für ein Neonazizentrum in Karlsruhe widerlegen den Innenminister.“ Die NPD arbeite auch in Baden-Württemberg intensiv an der Verbreitung ihres extremistischen Gedankenguts.

Die SPD verlangt nun in einer parlamentarischen Initiative Aufklärung über das nicht nachvollziehbare Verhalten des Innenministers. Zugleich fordert sie ihn auf, der Bitte des Bundesinnenministeriums unverzüglich nachzukommen und Material über Erkenntnisse zu NPD-Aktivitäten im Land nachzuliefern.

**Martin Mendler, Stellv. Pressesprecher**



**Landesgruppe Baden-Württemberg**

### **Atom-Lobby arbeitet mit Scheinargumenten CDU trägt Mitverantwortung für hohe Strompreise**

Die Atomlobby sucht immer neue Argumente, einen Ausstieg aus der Kernenergie zu verhindern. So behauptete Günther Oettinger im „Bericht aus Berlin“ am 6. April 2008, man müsse wegen den steigenden Strompreisen an der Atomenergie festhalten. Wir haben aber in Baden-Württemberg einen hohen Anteil an Atom-Strom und trotzdem sind die Strompreise so hoch wie noch nie.

Tatsache ist: Baden-Württemberg besitzt den höchsten Anteil von Atomstrom in der Bundesrepublik und die Strompreise für Haushaltskunden in Baden-Württemberg sind höher als im bundesweiten Durchschnitt.

EnBW bezog im Jahr 2007 27 Prozent des bereitgestellten Stroms aus Kernenergie, 16 Prozent aus fossilen Brennstoffen, 17 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen und 40 Prozent aus „nicht bekanntem Ursprung“ (Anteil aus Kernenergie 2006: 34 Prozent, 2005: 36 Prozent). Seinen Umsatz bei der Stromversorgung konnte EnBW im vergangenen Geschäftsjahr um 21,4 Prozent steigern von 9.509,0 Mio. € (2006) auf 11.539,7 Mio. € (2007, Geschäftsbericht der EnBW 2007). Im gleichen Zeitraum (Februar 2006 bis Februar 2007) stiegen die Kosten für Haushaltsenergie um 3,9 Prozent (Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg). Der „Adjusted Konzernüberschuss“ bezogen auf die Gewinnanteile der Gesellschafter der EnBW stieg im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent auf 821 Millionen Euro.

Tatsache ist: Kernenergie ist nicht zukunftsfähig. Für den bei der Kernkraft anfallenden atomaren Abfall gibt es keine Lösung. Sein Transport und seine Lagerung stellen eine Gefahr für Mensch und Natur dar. Immer wiederkehrende Störfälle in europäischen Atomkraftwerken zeigen, wie schnell die Atomkraft zu einem unkalkulierbaren Risiko werden kann. Das für die Kernspaltung notwendige Uran wird noch in diesem Jahrhundert verbraucht sein. Bei einem Ausbau der Atomenergie wäre dies noch schneller der Fall.

Am Gewinn von EnBW sind auch einige baden-württembergische Landkreise beteiligt. Denn 45,01 Prozent der EnBW-Aktien werden vom Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) gehalten. Der OEW ist ein Zusammenschluss von neun Landkreisen. Die Landkreise werden durch die oben genannten CDU-Landräte im Aufsichtsrat von EnBW vertreten.

Statt ihren Einfluss bei EnBW für faire Strompreise zu nutzen, profitieren CDU-geführte Landkreise von den Gewinnen der EnBW AG. Statt sich für eine umsichtige Energiepolitik einzusetzen, lassen sich CDU-Politiker vor den Karren der Atom-Lobby spannen, und behaupten, es gäbe einen Zusammenhang zwischen der Höhe der Strompreise und dem Nutzen der Atomenergie. Das ist falsch!

Eine fortschrittliche Energiepolitik bedeutet daher die Abkehr von der Atomenergie bei gleichzeitiger Förderung der Erneuerbaren Energien. Eine solche Politik steht im Interesse der zukünftigen Generationen. Wer sich dagegen wie Oettinger immer wieder in den Dienst der großen Atomkonzerne stellt, handelt kurzfristig und rückwärtsgerichtet. Am Atomausstieg gibt es nichts zu rütteln.

**Der Sprecherkreis der DL 21 Landesgruppe:**  
**Hilde Mattheis, MdB; Rita Haller-Haid, MdL; Christine Rudolf, MdL; Udo Lutz, AfA; Leni Breymaier, Karin Bauer und Johannes Ross**  
Geschäftsführung: Ralf Spörkel, [spoerkel@gmx.de](mailto:spoerkel@gmx.de)

### **Alle Energiepotenziale nutzen - auch Wind und Sonne**

#### **MdL Alfred Winkler:**

**„Das Potenzial, das nachhaltig  
nutzbar ist, muss auch voll  
ausgeschöpft werden“**

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Kernaussage des Nachhaltigkeitsbeirats, dass die Klimaziele nur erreichbar sind, wenn die Potenziale aller Erneuerbaren Energien im Land voll ausgeschöpft werden. Der Hinweis der Wissenschaft auf die Begrenztheit der Biomassenutzung sei prinzipiell richtig. Der Biomasseboom dürfe nicht auf Kosten der Lebensmittelherstellung und der Artenvielfalt gehen, sagte Alfred Winkler, agrarpolitischer Sprecher der Fraktion. Aber das Potenzial, das nachhaltig nutzbar ist, müsse auch voll ausgeschöpft werden. Dazu gehörten auch Windkraft und Solarenergie, die im Land unnötig ausgebremst würden.

Auch finanziell engagiere sich das Land viel zu wenig für den Klimaschutz. Es müssten endlich mehr eigene Mittel bereitgestellt werden als wie bisher nur ein halbes Promille des Landeshaushalts. Um die Errichtung unwirtschaftlicher Anlagen zu vermeiden, müssten zudem Förderungen stärker als bisher an den Wirkungsgrad, etwa von Biogasanlagen, gekoppelt werden.

Winkler erinnerte auch an die SPD-Forderung, ein Bildungs- und Beratungszentrum des Landes zur Biomassenutzung für Landwirte und Investoren einzurichten, wie Bayern dies längst getan habe.

**Helmut Zorell, Pressesprecher**

**SPD - Kreisverband  
Bodenseekreis  
MdL Norbert Zeller**



## **Aufregung im Bodenseekreis:**

### **Irritationen zu Äußerungen von SPD-Politikern zur Luftverkehrskonzeption**

*An sich hat sich mit der Anfrage zu den Äußerungen und der Antwort darauf die Angelegenheit erledigt.*

*Die leidige Teilung des Bodenseekreises in Ost und West Informationen über den ganzen Kreis betreffender Ereignisse macht es unseres Erachtens notwendig, die ganze Angelegenheit in ihren wesentlichen Teilen nochmals wiederzugeben.*

**Zu Beginn stand folgende Pressemitteilung der Landtagsfraktion:**

## **Luftverkehrskonzeption: Land immer noch im Blindflug**

**Wolfgang Drexler:**

**„Anstatt auf die neuen Bedingungen zu reagieren, vertröstet die Landesregierung Airportbetreiber, Passagiere und Fluglärmpfer auf den Sankt-Nimmerleinstag“**

### **SPD legt Eckpunkte zur Regulierung des Luftverkehrs vor**

Mit der Vorlage eigener Eckpunkte zur Regulierung des Luftverkehrs erhöht die SPD den Druck auf die Landesregierung, endlich eine moderne Luftverkehrskonzeption für ganz Baden-Württemberg zu entwickeln. Landtagsvizepräsident Wolfgang Drexler warf der CDU/FDP-Koalition vor, sich bei der überfälligen Neuordnung des Luftverkehrs immer noch im Blindflug zu befinden. „Anstatt auf die neuen Bedingungen zu reagieren, vertröstet die Landesregierung Airportbetreiber, Passagiere und Fluglärmpfer auf den Sankt-Nimmerleins-Tag“, so Drexler. Trotz völlig neuer Fakten wie dem Auftauchen der Billigflieger halte sie an alten Floskeln fest und verharmlöse den dringenden Handlungsbedarf.

Drexler verwies auf die Weigerung der Landesregierung, bis zum Sommer 2008 die von der SPD geforderte neue Luftverkehrskonzeption vorzulegen. Innenminister Rech hatte dies mit einer zu kurzen Fristsetzung und der Erarbeitung einer neuen Konzeption im Rahmen des Generalverkehrsplanes (GVP) begründet. Drexler wertete diese Hinweise als „unerträgliche Ausflüchte“, erst recht vor dem Hintergrund, dass die SPD seit nunmehr acht Jahren auf die Erarbeitung einer solchen Luftverkehrskonzeption drängt.

### **Die Landesregierung und der Luftverkehr: Eine Chronik der Verweigerung**

SPD-Verkehrsexperte Drexler machte entlang einer „Chronik der Verweigerung“ deutlich, wie sich die Landesregierung bei der Neugestaltung des Luftverkehrs aus der Verantwortung gestohlen und sich stattdessen als „Ankündigungsweltmeister“ betätigt habe.

- Im Mai 2000 wurde die Forderung der SPD nach einer Luftverkehrskonzeption zurückgewiesen, da diese bereits im GVP enthalten sei. (Landtagsdrucksache 12/5153) Doch bereits damals seien die Prognosen der Landesregierung überholt gewesen.
- Im Juli 2001 negierte die Landesregierung nach wie vor Handlungsbedarf, da der GVP noch immer aktuell sei. (Landtagsdrucksache 13/76)

- Auch im November 2002 nichts Neues von der Landesregierung in Sachen Luftverkehrskonzeption: Sie verwies lapidar auf den „aktuellen“, damals allerdings schon mehr als sieben Jahre alten GVP. (Landtagsdrucksache 13/1505)
- Im Juni 2006 stellt dann die Landesregierung den Handlungsbedarf zwar nicht mehr grundsätzlich in Abrede, vertröstet aber auf einen neu zu erarbeitenden GVP. (Landtagsdrucksache 14/42)
- Heute, also Anfang 2008, noch immer dieselbe Litanei: Der bereits 2006 angekündigten neue GVP werde es auch für den Luftverkehr richten. Doch wann der Plan erscheinen wird, steht noch immer in den Sternen. (Landtagsdrucksache 14/2388)

Wolfgang Drexler: „Beim Luftverkehr dreht die Landesregierung eine Endlosschleife, anstatt endlich auf dem Boden der Tatsachen zu landen und dann neu durchzustarten.“

Andere Länder hätten Baden-Württemberg längst überholt. So könnten beispielsweise Nordrhein-Westfalen und Brandenburg eine eigene Luftverkehrskonzeption vorweisen. Auch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen seien mit ihrer gemeinsamen Luftverkehrskonzeption für Mitteldeutschland 2006 mit Blick auf die Verschiebungen im Luftverkehr ganz gut aufgestellt.

**Annahmen im Generalverkehrsplan 1995: Schnee von gestern**

Wie sehr die Zeit auch in Baden-Württemberg dränge, zeigen nach Ansicht Drexlers die Annahmen der Landesregierung im GVP aus dem Jahre 1995 im Vergleich mit den Fakten des 21. Jahrhunderts. So seien die damaligen Wachstumsprognosen für das Passagieraufkommen am Flughafen Stuttgart längst weit übertroffen. Der Baden-Airpark habe schon jetzt fast das neunfache Aufkommen der GVP-Erwartung, obwohl der Prognosehorizont noch gar nicht erreicht ist (siehe Tabelle 1). Drexler machte darauf aufmerksam, dass sich die Regierung noch vor fünf Jahren frühestens im Jahr 2015 eine Millionen Passagiere in Söllingen vorstellen konnte.

Flughafen	Annahmen GVP für 2010	Realität 2007
Stuttgart	8,05	10,33
Baden-Airpark	0,12	0,98
Friedrichshafen	k. a.	0,65

**Wolfgang Drexler: „Es ist schädlich für die Entwicklung des Luftverkehrsstandorts Baden-Württemberg, angesichts dieser dramatischen**

**Fehleinschätzungen nicht schleunigst eine neue moderne Konzeption vorzulegen.“**

**Hauptziele der SPD für eine neue Luftverkehrskonzeption:**

**Attraktive Verbindungen halten und Belastungen gerechter verteilen**

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion muss eine neue Luftverkehrskonzeption zwei Hauptziele im Auge haben: Zum einen muss sie attraktive Verbindungen in Baden-Württemberg halten und zum anderen die dabei entstehenden Belastungen gerechter verteilen. Zur Umsetzung dieser Ziele hält Drexler folgende Maßnahmen für nötig:

**Belastung für die Bevölkerung möglichst klein halten**

Die SPD betrachtet es als Fehler, dass sich die Landesregierung beim Luftverkehr vor allem auf den Flughafen Stuttgart konzentriert, obwohl sie auch an den beiden anderen Flughäfen in Söllingen (Baden-Airpark) und Friedrichshafen beteiligt ist. Anstatt sich um sinnvolle und zumutbare Verkehrsverlagerungen zu bemühen, diskutiere sie den Bau einer zweiten Startbahn in Stuttgart. Ein solches Projekt wäre für die jetzt schon über Gebühr belastete Bevölkerung des Filderraumes schlicht eine Katastrophe. Dabei hatte die Landesregierung bereits 2001 auf eine FDP-Anfrage geantwortet, dass Friedrichshafen, aber insbesondere der Baden-Airpark Ersatz- und Ergänzungsfunktion für Stuttgart übernehmen könnten. (Landtagsdrucksache 13/545) Außerdem könnte der Sonderflughafen Lahr, auf dem als einzigem Flughafen in Baden-Württemberg sogar der Airbus A380 landen kann, unter Voll-Lizenz ebenfalls Kapazitäten aufnehmen.

Alternativen werden aus Sicht von Drexler aber nur dann von den Kunden angenommen, wenn eine vernünftige Erreichbarkeit der Flughäfen gewährleistet ist. Im GVP von 1995 habe die Landesregierung noch eine generelle Verknüpfung von Schiene und Flughäfen gefordert. Passiert sei in diese Richtung jedoch nicht viel. In der Antwort auf den Antrag des Karlsruher SPD-Abgeordneten Johannes Stober vom Februar dieses Jahres führte die Landesregierung aus, dass sie keinen Grund sehe, den Baden-Airpark an das Schienennetz anzuschließen. (Landtagsdrucksache 14/2419)

Wolfgang Drexler: „In Sonntagsreden bricht die Landesregierung eine Lanze für die Verknüpfung von Schiene und Flughäfen. Wenn es aber konkret wird wie in Söllingen, will sie von ihren eigenen Versprechungen plötzlich nichts mehr wissen.“

In einer neuen Luftverkehrskonzeption müsse eine moderne Schienenanbindung für alle Flughäfen im

Land ein zentrales Element sein. Andernfalls werde es nicht gelingen, die Konzentration auf Stuttgart einzudämmen.

### **Einzugsgebiet mit in die Planungen aufnehmen**

Drexler wies weiter darauf hin, dass sich über Dreiviertel der Nachfrage eines Flughafens in der Regel aus einem engen Einzugsbereich mit bis zu etwa einer Stunde Anfahrtszeit rekrutiert. Nehme man die Anfahrtszeiten mit dem Auto, so habe Karlsruhe eine 60-Minuten-Isochrone, also ein Einzugsgebiet mit einer Stunde Anfahrtszeit für 3 Mio. Menschen. Stuttgarts vergleichbarer Wert liege bei 4,5 Mio. „Die Zahlen für die Einzugsgebiete zeigen, dass das Fluggast-Potenzial des Baden-Airparks deutlich über den zehnten Prozent der Passagiere liegt, die er im Vergleich zu Stuttgart derzeit hat“, so Drexler.

Der Baden-Airpark habe allerdings zwei Probleme: Erstens ist er mit der Schiene nicht zu erreichen, sondern nur mit dem Bus. Dadurch verlängert sich selbstverständlich auch die Anfahrtszeit zum Flughafen. So brauche ein Fluggast aus Mannheim oder Freiburg weit über eineinhalb Stunden, aus Stuttgart sogar über zwei Stunden, um zum Baden-Airpark zu kommen. Stuttgart dagegen sei von Karlsruhe und Mannheim aus in knapp anderthalb Stunden zu erreichen. Von Stuttgart aus selbst betrage die Fahrzeit derzeit 27 Minuten, die sich aber durch Stuttgart 21 um bis zu zwei Drittel verringern werde.

Zweitens biete der Baden-Airpark nicht dieselbe Angebotsvielfalt wie Stuttgart. Drexler warf der Landesregierung vor, hier als Anteilseigner die Hände in den Schoß zu legen. Das Land sei im Rahmen einer neuen Luftverkehrskonzeption gefordert, den Baden-Airpark vernünftig an das Schienennetz anzubinden und über verbilligte Slotgebühren den Flughafen für die Airlines attraktiver zu machen.

### **Wechselwirkungen mit anderen, grenznahen Flughäfen beachten**

Eine neue Luftverkehrskonzeption muss nach Auffassung Drexlers berücksichtigen, dass Baden-Württemberg von den europäischen Drehscheiben Frankfurt, München und Zürich umgeben ist. Schon jetzt sei gewährleistet, dass auch entfernte Reiseziele von Baden-Württemberg aus schnell und bequem erreicht werden können. Hinzu kommen die in unmittelbarer Nähe gelegenen Regionalflughäfen in Basel-Mulhouse-Freiburg, Memmingen und Straßburg.

Wolfgang Drexler: „Die Landesregierung muss akzeptieren, dass Baden-Württemberg nicht in allen Belangen der Nabel der Welt sein kann. Kein Flughafen im Ländle wird auf absehbare Zeit einem der umliegenden Großflughäfen den Rang ablaufen können, zumal dies auch gar nicht nötig ist.“ Beim Luft-

verkehr könne sich das Land nicht die Attitüde leisten, für alle überall alles anbieten zu wollen. „Der Schwabe und der Badener hat auch in Zukunft kein Problem damit, von Frankfurt oder München nach New York zu fliegen.“

### **Verkehrliche Auswirkungen durch andere Verkehrsträger beachten**

Eine Luftverkehrskonzeption darf nach den Worten Drexlers auch nicht einseitig auf ein für alle Ewigkeit anhaltendes Wachstum beim Fliegen setzen. Es gelte vielmehr, auch zukunftsweisende gegenläufige Trends mit einfließen zu lassen. So könnten schnelle und deshalb attraktive Schienenverbindungen viele Kurzstreckenflüge überflüssig machen. Dies könne beispielsweise an der TGV-Verbindung Stuttgart-Paris abgelesen werden. Seit ihrer Einführung sei das Fluggastaufkommen auf der Verbindung Straßburg-Paris um jährlich 500.000 Passagiere gesunken.

Wolfgang Drexler: „Dieses Beispiel zeigt, dass es verkehrspolitisch wie ökologisch absolut vernünftig sei, sich für Schnellbahn-Projekte wie Stuttgart 21 und für den Ausbau der Rheintalschiene stark zu machen.“

### **Alle Verkehrsträger gleichberechtigt besteuern**

Drexler hält es klimaschutzpolitisch für fatal, dass die Landesregierung nach wie vor an einer steuerlichen Privilegierung des Fliegens festhält. Die CDU lehne es ab, Kerosin künftig sowohl auf innerdeutschen wie auch innereuropäischen Flügen mit einer Mineralölsteuer zu belegen. Auch für eine Mehrwertsteuererhebung für innereuropäische Flüge will sich die Landesregierung nicht einsetzen.

Die weltweite Steuerbefreiung von Kerosin besteht seit 1944. Damals wurde sie als Maßnahme zur Völkerverständigung eingeführt. Dass dies heute nicht mehr Aufgabe des Flugzeugs ist, liegt für Drexler auf der Hand. Trotzdem werde in Deutschland an der hieszulande seit 1953 geltenden Steuerbefreiung bisher nicht gerüttelt.

Wolfgang Drexler: „Wegen des erreichten Entwicklungsstandes ist die Subvention von Kerosin nicht mehr gerechtfertigt. Es ist klimapolitischer Wahnsinn, dass die wesentlich umweltfreundlichere Bahn Mineralöl-, Strom-, Öko- und Mehrwertsteuer zahlen muss und so einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil zu verzeichnen hat.“

### **Planung einer zweiten Startbahn in Stuttgart stoppen**

Eine zweite Startbahn am Stuttgarter Flughafen kommt für die SPD nicht in Frage. „Zum einen ist dem Filderbereich eine noch stärkere Belastung nicht zuzumuten. Zum anderen kann eine Attraktivitäts-

steigerung bei den Regionalflughäfen des Landes den Expansionsdruck von Stuttgart nehmen“, sagte Drexler. Er forderte die Landesregierung auf, in der Frage eines Ausbaverzichts am Stuttgarter Flughafen zu ihrem Wort zu stehen

So habe etwa der frühere Verkehrsminister Müller in einer Plenarrede am 22. Januar 2003 zum Stuttgarter Flughafen wörtlich erklärt: „Wir haben zu dieser Frage eine klare Position. Das nämlich, was wir heute auf den Fildern haben, ist das, womit der Flughafen in den nächsten Jahren rechnen kann und rechnen muss. Mehr wird es nicht sein.“ (Landtagsdrucksache 13/37)

Wer jetzt keine moderne, ausgewogene Luftverkehrskonzeption anpacke, rede unweigerlich einer zweiten Startbahn in Stuttgart das Wort. Anstatt dem Flughafen zu erlauben, 600 Mio. Euro in seine Erweiterung zu stecken, mit der er 3,2 Millionen Fluggäste zusätzlich abfertigen könnte, solle die Betreibergesellschaft das Geld lieber in die Regionalflughäfen des Landes stecken.

Wolfgang Drexler: „Das Land muss auf die Schienenanbindung und auf den Ausbau seiner Regionalflughäfen setzen. Ein zukunftsweisendes, tragfähiges Konzept für die Weiterentwicklung des Luftverkehrs braucht keine zweite Startbahn am Flughafen Stuttgart.“

**Martin Mendler, Stellv. Pressesprecher**

*Am 28.03.2008 berichteten die Sender des SWR über die Äußerungen. Anscheinend in Unkenntnis der o. g. Pressemeldung schrieb dann der Vorsitzende der **Bürgervereinigung Schutz vor LÄRM, Friedrichshafen e.V.**, Helge Körber, einen offenen Brief an den MdL Wolfgang Drexler:*

An die SPD-Fraktion

### **Offener Brief**

Landtag Baden-Württemberg  
Herrn Wolfgang Drexler  
Verkehrsexperte der Fraktion

### **Betreff: Ihre Äußerungen zum Ausbau der Regionalflughäfen am 28.3.2008**

Sehr geehrter Herr Drexler, am 28.3.2008, ging über alle SWR-Sender Ihre Äußerungen zum Flughafen Stuttgart, mit dem darin enthaltenen Vorwurf an die Landesregierung, sie habe kein Flugkonzept, um die anstehenden Flugpassagierzahlen zu bewältigen.

In diesem Zusammenhang sprachen Sie von dem Verzicht auf die 2. Landebahn in Stuttgart und plädierten dafür, dass in Söllingen und Friedrichshafen die Regionalflughäfen ausgebaut werden sollten.

Als Vorsitzender der Bürgervereinigung Schutz vor Lärm Friedrichshafen e. v. – seit 1972 – bin nicht nur ich von dieser Aussage tief enttäuscht. Ihre Aussagen beruhen offensichtlich auf wenig realistische Informationen zum Flughafen Friedrichshafen, auf unhaltbare und pauschale Aussagen und sie wird den aktuellen Gegebenheiten in FN in keiner Weise gerecht.

### **Ich darf Sie auf folgende Fakten aus Häfler Sicht hinweisen:**

- der Flughafen liegt zu Friedrichshafen und Meckenbeuren sehr wohngebietsnah,
- der Flughafen investiert gegenwärtig ca. 40 Mio EURO in Ausbaumaßnahmen,
- bis 2015-2020 sollen 1,7 Mio Passagieren befördert werden / derzeit ca. 0,7 Mio,
- derzeit läuft eine luftrechtliche Genehmigung für Starts/ Landungen nach 22<sup>00</sup> Uhr,
- die Lärmbelastungen durch Landungen und Starts sind in der Region unzumutbar,
- derzeit liegen im Petitionsausschuss Petitionen der BVSvL und anderer Bürger,
- derzeit liegt die BVSvL im Rechtsstreit mit der Flughafen GmbH Friedrichshafen,
- die BVSvL hat **3535 Unterschriften** gegen eine Nachtflugerweiterung gesammelt,

Ich bitte Sie, Ihre Äußerung zu relativieren und sich so für die Bürger in der Bodenseeregion gegen die massive Flugerweiterung und die Nachtflüge zu engagieren, wie dies die SPD-Fraktionen in Stadtrat Friedrichshafen und Kreistag Bodenseekreis – denen ich auch als SPD-Mitglied angehöre, zumindest ansatzweise, getan haben. Flugbegrenzung ist gefragt. Friedrichshafen wird bereits gegen den Willen vieler Bürger ausgebaut und verträgt keine weiteren Experimente. Ich erwarte von Ihnen und der SPD-Fraktion-bwl, dass Sie die Haltung der BVSvL und vieler Bürger ernst nehmen und nicht vorschnell gegen Bürgerbelange argumentieren. Es nutzt keinem, wenn die Flughäfen des Landes gegeneinander ausgespielt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Helge Körber, (1. Vorsitzender BVSvL)

*Die Antwort Drexlers wie folgt:*

Stuttgart, den 2. April 2008

Sehr geehrter Herr Körber,

Sie haben sich, aufgrund einer Radiomeldung des SWR über die Zeitung an mich gewandt um einer vermeintlichen Ausbauforderung für den Flughafen Friedrichshafen von mir zu widersprechen. Tatsache ist, dass ich diese Ausbauforderung nie gestellt habe, weder für Friedrichshafen, noch für einen anderen Flughafen im Land. Tatsache ist auch, dass ich zu



diesem Thema dem SWR kein Interview gegeben habe.

Ich habe lediglich festgestellt, dass Flugverkehr nicht nur auf Stuttgart konzentriert werden dürfen. Daher sprechen wir uns für eine vernünftige Verkehrsverlagerung aus. Ich habe mich in diesem Zusammenhang aber nie für eine Verkehrsverlagerung von Stuttgart nach Friedrichshafen ausgesprochen. Dies zeigt auch unsere schriftliche Presseerklärung vom 28. März 2008, welche Ihnen vorliegt. Dass eine Verkehrsverlagerung zwischen Stuttgart und Friedrichshafen auch gar nicht stattfinden kann, zeigt schon die Entfernung zwischen den Flughäfen. Denn Airports, die über eine Stunde vom Wohnort entfernt liegen, werden für potenzielle Passagiere unattraktiv. Auch das steht in unserer Konzeption. Söllingen aber ist im Gegensatz zu Friedrichshafen innerhalb dieser Zeitspanne von vielen Stuttgarter Passagieren zu erreichen. Und die Bevölkerung vor Ort in Söllingen befürwortet den Flughafen.

Dass Friedrichshafen trotzdem, wie übrigens auch die an Baden-Württemberg angrenzenden Flughäfen, in dieser Konzeption auftaucht ist nur konsequent. Schließlich handelt es sich um eine Luftverkehrskonzeption für Baden-Württemberg. Darin müssen alle Flughäfen Beachtung finden, die von Baden-Württembergern in relevanten Zahlen genutzt werden.

Wir fordern in unserer Konzeption aber auch eine Stärkung des Zugverkehrs durch Ausbaumaßnahmen und eine gerechte Besteuerung von Flügen, um die Schiene auf Konkurrenzstrecken attraktiver zu machen. Dies sind Maßnahmen, die letztlich auch zu einer Entlastung von Friedrichshafen führen würden. Es gibt daher von meiner Seite aus nichts zu relativieren oder zurückzunehmen.

Bei Unklarheiten über grundsätzliche Positionen bin ich immer für Gespräche bereit, damit Probleme erst gar nicht entstehen.

Im Übrigen stehe ich ständig mit meinem Kollegen Norbert Zeller in engem Kontakt, der ebenso wie ich einen über den regionalen Bedarf hinausgehenden Ausbau von Friedrichshafen ablehnt, und nichts von einer Verkehrsverlagerung von Stuttgart an den Bodensee hält.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Drexler

*Wir hoffen unseren Lesern hiermit hinreichend Gelegenheit zur Information über die doch unseren ganzen Kreis betreffende Angelegenheit gegeben zu haben.*

**Anmerkung:** *Südkurier* und *Schwäbische Zeitung* decken als Tageszeitungen den Bodenseekreis ab. Der *Südkurier* versorgt seine Leser mit seiner **Kreisseite** über die Redaktion Friedrichshafen. Dabei wird oft nicht genau unterschieden zwischen Kreisangelegenheiten und denen der Stadt Friedrichshafen. Bei-

spiel: Schröder im Wahlkampf 2005 in Friedrichshafen:

Über 6000 Besucher: Auf der Kreisseite nichts zu lesen (nach Protest 6 Tage später ein Bericht). Der westliche Bodenseekreis war abgehängt.

Die *Schwäbische Zeitung* hat im „Altkreis Überlingen“ nur in Markdorf eine Redaktion.

Auf diese Weise sind nach mehr als 35 Jahren Zusammengehörigkeit die beiden Kreisteile bei der Informationsversorgung über die Tageszeitungen immer noch getrennt.

Karl-Heinz König

### Zeller-Antrag zum Bodenseeleitbild:

## Für „Europäischen Verflechtungsraum“

Mit einer parlamentarischen Anfrage zur Fortschreibung des Bodenseeleitbildes hat sich der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, an die Landesregierung gewandt. Er fordert darin einige Ergänzungen, wie die Aufnahme des Begriffes „Europäischer Verflechtungsraum Bodensee“, weil die Bundesregierung das Modellvorhaben, die Bodenseeregion als „Europäischen Verflechtungsraum“ neben den zahlreichen Metropolregionen zu bezeichnen, unterstützt. Dieser Tatsache sollte die Internationale Bodenseekonferenz Rechnung tragen, fordert Zeller. Da sowohl die „Land- und Forstwirtschaft“ wie auch der „Tourismus“ und die „Kommunale Mitwirkung bei der nationalen und internationalen Zusammenarbeit“ eine besondere Bedeutung in der Bodenseeregion haben, sollten seiner Ansicht nach diese drei Bereiche als eigenständige Handlungsfelder im Bodenseeleitbild aufgenommen werden.

Vorgeschlagen werden von Zeller auch Ergänzungen im Bereich Umwelt, Energie und Natur, wo es gelte, gerade in der Bodenseeregion im Interesse des Klimaschutzes eine effektivere Energieeffizienz, vor allem durch den Einsatz erneuerbarer Energien, zu erreichen. Die Zielsetzung „Erhaltung und Verbesserung der Bodenqualität“ hat im Hinblick auf den Trinkwasserspeicher Bodensee eine besondere Bedeutung, ebenso der gentechnikfreie Anbau in der Region, so Zeller in seiner Begründung für den Antrag. Auch der öffentliche Verkehr sollte eine besondere Förderung bei der Fortschreibung des Bodenseeleitbildes durch die IBK (Internationale Bodenseekonferenz) erhalten. Dazu zählt nach Zeller auch das Projekt „S-Bahn um den Bodensee“.

Das bestehende Bodenseeleitbild der Internationalen Bodenseekonferenz ist aus dem Jahr 1994. Das nun angestrebte neue Leitbild richtet sich in erster Linie an die Regierungen der IBK-Mitgliedsnationen bzw. –Kantone. Es ist aber auch eine klare Empfehlung an die Parlamente, Städte, Gemeinden, Landkreise; Ver-

bände und weitere Verantwortungsträger. Das Leitbild soll der Orientierung und der Identifikation aller Akteure in der ganzen Bodenseeregion dienen.

31.03.2008

Büro MdL Norbert Zeller

## **Köberle antwortet Zeller:**

### **Von 2000 bis 2005 Schwerlastverkehrszunahme um 37 Prozent**

Allein in den fünf Jahren von 2000 bis 2005 hat der Schwerlastverkehr im Bodenseekreis auf der B 31 um rund 37 Prozent zugenommen. Das teilt das Innenministerium Baden-Württemberg dem Landtagsabgeordneten Norbert Zeller auf seine Kleine Anfrage an die Landesregierung mit. Er hatte allerdings wissen wollen, wie die Zunahme in den letzten fünf Jahren war. Darauf konnte Staatssekretär Köberle ihm keine Antwort geben, weil anscheinend seit 2005 keine neue Straßenverkehrszählung stattgefunden hat. Für Zeller ist es aber eindeutig, dass gerade in den letzten drei Jahren das Verkehrsaufkommen von Lastwagen durch die Mautumgeher und insgesamt durch die Verlagerung der Lagerhaltung auf die Straße auf der B 31 am See insgesamt zugenommen hat. Im Jahr 2005 waren durchschnittlich 1 362 Fahrzeuge pro Tag gezählt worden. „Diese Zahl hat sich inzwischen deutlich überholt“, so Zeller, „das kann jeder, der sich an die Bundesstraße stellt, selbst nachzählen“.

Bei der Straßenverkehrszählung 2005 wurde für Baden-Württemberg eine durchschnittliche Belastung auf allen Bundesstraßen von 1 014 pro Tag Schwerfahrzeugen ermittelt. Die B 31 im Bodenseekreis habe so eine um 34 Prozent höhere Belastung an Schwerfahrzeugen als im Landesdurchschnitt, heißt es in der Antwort des Innenministeriums an Zeller. Die erhebliche Zunahme resultiere im Wesentlichen aus der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Bodenseeraum. Diese Zunahme decke sich mit der Schwerverkehrszunahme auf der A 96 südlich von Wangen (von 2000 bis 2005) um rund 38 Prozent, so Staatssekretär Köberle.

Auf die Frage Zellers, mit welcher Zunahme des Schwerlastverkehrs auf den Bundesfernstraßen im Bodenseekreis bis zum Jahr 2025 bei der Landesregierung gerechnet werde, teilte Köberle mit: „Bei der aktuellen Verkehrsuntersuchung anlässlich der im Planfeststellungsverfahren befindlichen Maßnahme „B 31 Umfahrung Friedrichshafen (Abschnitt II B) wird für den Streckenabschnitt der B 31 zwischen Meersburg und Friedrichshafen eine Belastung von durchschnittlich 2 220 Schwerlastfahrzeugen pro Tag für das Jahr 2020 prognostiziert. Für die anderen Bundesstraßen im Kreis lägen keine Prognosewerte für diesen Zeitraum zu. Auf die Anfrage Zellers, welche Maßnahmen die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Schwerlastverkehr plane und

welche Sofortmaßnahmen (z.B. Lärmschutz) die Landesregierung ergreifen werde, teilte Köberle mit, dass die Straßenbauverwaltung derzeit für die B 31 und B 30 keine Planungen habe.

Für die B 30 hat sich im Zeitraum 2000-2005 im Bereich des Bodenseekreises nur eine Zunahme um 5,4 Prozent ergeben und verglichen mit dem Landesdurchschnitt eine Zunahme um 21 Prozent, ist aus der Antwort auf die Kleine Anfrage zu entnehmen (Drucksache 14/ 2499) . „Das kann die Anwohner an den Bundesstraßen und die Nutzer dieser Straßen nun wahrlich nicht trösten“, meint Zeller. „Die Zunahme des Schwerlastverkehrs wird vor allem auch in den Nachtstunden wahrgenommen. Die Anwohner an den Bundesfernstraßen klagen zunehmend über lärm- und abgasbedingte Störungen. Die Beeinträchtigungen beim Nachtschlaf werden als die Gesundheit gefährdend betrachtet“, hatte Zeller in seiner Begründung für die Anfrage angegeben.

Auf dieses Argument ist in der Antwort der Landesregierung nun leider gar nicht eingegangen worden, muss Zeller konstatieren, der auch über die veralteten Zahlenangaben enttäuscht ist. „Wir haben hier leider kein aktuelles Bild der tatsächlichen Belastung durch den Schwerlastverkehr auf den Bundesstraßen im Bodenseekreis und damit auch keinen Handlungsdruck für die Straßenbauverwaltung, was ich für nicht hinnehmbar halte, wenn man die Äußerungen der betroffenen Bürger aus dem Kreis kennt.

04.04. 2008

Büro MdL Norbert Zeller

### **OECD contra Rau: Längeres gemeinsames Lernen gefordert**

## **MdL Norbert Zeller:**

### **„Der Wind wird rauer - der Kultusminister hat immer mehr Experten gegen sich“**

Immer mehr Experten wenden sich gegen das dreigliedrige Schulsystem und damit die Bildungspolitik der Landesregierung. Der heute bekannt gewordene OECD-Wirtschaftsbericht kritisiert mit deutlichen Worten, dass die auch in Baden-Württemberg übliche frühe Trennung der Kinder im Alter von 10 Jahren zu Lasten der Chancengleichheit im Bildungssystem geht (Kurzfassung: <http://www.oecd.org/dataoecd/26/34/40376916.pdf>).

Die SPD-Landtagsfraktion sehe sich durch diesen Bericht in ihrer Kritik an der Bildungspolitik der Landesregierung voll bestätigt, sagte der Vorsitzende des Schulausschusses des Landtags, Norbert Zeller.

Um den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu verringern, „sollte auf Ebene der Bundesländer erwogen werden, den Zeitpunkt der

ersten Aufteilungsentscheidung auf ein späteres Alter als 10 Jahre zu verschieben...“, heißt es in dem OECD-Bericht wörtlich. Zeller: „Die OECD legt den Finger in die Wunde, denn die frühe Trennung der Kinder ist ein Hauptgrund für die Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems.“

Der Kultusminister dürfe dies nicht länger ignorieren, fordert der SPD-Bildungsexperte. „Rau muss endlich aus seiner ideologischen Wagenburg herauskommen und längeres gemeinsames Lernen auch in Baden-Württemberg zulassen. Ein erster Schritt dazu ist die 6-jährige Grundschule, wie sie die SPD seit langem fordert.“

Darüber hinaus schlage die OECD auch vor, Haupt- und Realschulen zu einer Schulart zusammenzulegen. Auch dies sehe das SPD-Konzept vor, so Zeller. Die SPD wolle im Anschluss an die 6-jährige Grundschule die 4-jährige Gemeinschaftsschule mit neuem pädagogischem Konzept sowie als zweite Säule das 6-jährige Gymnasium.

10.04. 2008

Büro MdL Norbert Zeller



## **Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas**

SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

### **EuGH-Urteil im Falle Rüffert zeigt: Deutschland braucht gesetzliche Mindestlöhne**

"Ich bedauere, dass der Europäische Gerichtshof erneut die Dienstleistungsfreiheit über den Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stellt." Mit diesen Worten kommentierte die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt (Muldingen/Hohenlohekreis) das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Fall Rüffert.

Mit diesem Urteil wird die Verpflichtung zur Zahlung von Mindestlöhnen an entsandte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf gesetzliche Mindestlöhne oder auf tarifvertraglich vereinbarte Löhne beschränkt, sofern diese für allgemeinverbindlich erklärt worden sind. Ortsübliche Tariflöhne dagegen würden die Dienstleistungsfreiheit beschränken.

Evelyne Gebhardt wies darauf hin, dass die Entsenderichtlinie als Mindestgarantie zugunsten der entsandten Arbeitnehmerinnen ausdrück- lich vorsieht, dass der festgeschriebene Mindestschutz nicht der Anwendung von Arbeitsbedingun-

gen, die für die Arbeitnehmer günstiger sind, entgegenstehen dürfe.

Gebhardt: „Mit seinem Urteil verkehrt der EuGH die Intention der Entsenderichtlinie ins Gegenteil und erklärt den Mindestschutz zum maximal zulässigen Schutz. Die Konsequenz aus diesem Urteil ist, dass auch in Deutschland kein Weg an gesetzlichen Mindestlöhnen vorbeiführt! Die CDU/CSU muss sich hier endlich bewegen, nicht zuletzt um Deutschland europafit zu machen. Was in 20 EU-Mitgliedstaaten möglich ist, muss auch in Deutschland machbar sein.“

**Hintergrund:** Im Fall Rüffert geht es um die Klärung der Frage, ob die Tariftreueklausel des niedersächsischen Landesvergabegesetzes eine Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit darstellt oder nicht. Darin darf ein Dienstleister per Landesvergabegesetz dazu verpflichtet werden, seinen entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den ortsüblichen Tariflohn des Ziellandes zu zahlen, auch wenn dieser über dem branchenspezifischen Mindestlohn liegt.

04.04.2008

Europabüro Evelyne Gebhardt, MdEP

## **SPD Hohenlohe einstimmig für Evelyne Gebhardt**

### **Mitgliederversammlung auch für Zweitkandidatur von Wim Buesink**

Als erster Kreisverband hat die SPD Hohenlohe am Wochenende Evelyne Gebhardt aus Muldingen einstimmig für eine erneute Europakandidatur vorgeschlagen. Mit dem gleichen Ergebnis schlug die Kreismitgliederversammlung den Künzelsauer SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Wim Buesink als Zweitkandidaten von Evelyne Gebhardt vor.

Bereits vor der Mitgliederentscheidung am Wochenende in Eschental hatte der Kreisvorsitzende Werner Müller erklärt: „Präsidenten suchen ihren Rat, die zahlreichen Auszeichnungen und Verdienste belegen ihre politischen Erfolge im Einsatz für das soziale Europa der Bürger und Bürgerinnen. Evelyne Gebhardt ist weit über die Grenzen Hohenlohes bekannt und ein Aushängeschild des Kreises in Europa. Mit ihr als Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg wird es gelingen, den Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes in Straßburg und Brüssel noch mehr Gehör zu verschaffen.“

Evelyne Gebhardt gehört seit 1994 dem Europäischen Parlament an. Sie ist Sprecherin der Sozialdemokratischen Fraktion im wichtigen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und war als Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die Europäische Dienstleistungsrichtlinie verantwortlich. Im

Jahr 2004 war Evelyne Gebhardt die Spitzenkandidatin der SPD Baden-Württemberg bei der Europawahl.

Der Künzelsauer SPD-Vorsitzende Buesink leitet seit zwölf Jahren als Wissenschaftlicher Mitarbeiter das Europabüro in Künzelsau und ist als Landesgeschäftsführer der Gemeinschaft der SPD Kommunalpolitiker (SGK) auch auf der landespolitischen Ebene aktiv. Die Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen der Europa- und der Kommunalpolitik bezeichnet Buesink als sein Hauptanliegen mit Blick auf die Europawahl.

Die Liste der SPD-Kandidaten aus Baden-Württemberg wird auf einer Landesdelegiertenversammlung am 20. September 2008 in Ehingen aufgestellt.

**07.04.2008 Europabüro Evelyne Gebhardt, MdEP**

### **Europäische Verantwortung für das Kosovo:**

#### **MdB Johannes Jung zu Gast im Wahlkreis von MdB Hilde Mattheis**

Auf Einladung von MdB Hilde Mattheis sprach ihr Bundestagskollege Johannes Jung in Ulm zum Thema Europäische Verantwortung für das Kosovo. Vorab besuchte er das Donauschwäbische Zentralmuseum, wo er von Martin Rill zusammen mit Hilde Mattheis durch die Dauer-Ausstellung geführt wurde. Johannes Jung ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und ein profiliertes Kennen Südosteuropas. Sein Einsatz gilt seit vielen Jahren der Demokratisierung, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Integration dieser Region in die Europäische Union.



Johannes Jung stellte fest, dass Ulm mit dem Donauschwäbischen Zentralmuseum und dem Donaubüro sehr gut aufgestellt sei, um die dringend notwendigen politischen, wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Verbindungen nach Südosteuropa aufzubauen und zu pflegen. Vom Donauschwäbischen Zentralmuseum könne man lernen: die Donauländer wiesen

eine Jahrhunderte alte Tradition gleichberechtigten interkulturellen Zusammenlebens auf, innerhalb dessen sich die Bürger verschiedenster Ethnien frei bewegen und zuordnen konnten. Erst in den letzten Jahrzehnten habe sich dies in einen rigorosen Nationalismus mit den daraus folgenden fatalen Bürgerkriegen verkehrt.

Das Kosovo, letzte Station des Zerfalls Ex-Jugoslawiens seit Mitte der 80er Jahre, sei eine unterentwickelte Region und erfülle alle Kriterien eines Entwicklungslandes. Die anderen südosteuropäischen Staaten (insbesondere Slowenien, Kroatien) hätten durch Migration hoch qualifizierter Arbeitskräfte in die europäischen Kernländer profitiert, die nun ihre Talente zum demokratischen und wirtschaftlichen Aufbau ihres Landes einzusetzen bereit seien. Das Kosovo hingegen könne sich nicht auf solches Potenzial stützen: wirtschaftlich sei das Land unterentwickelt, das Bildungssystem läge brach, die organisierte Kriminalität durchdränge alle Bereiche der Gesellschaft. So lägen Entwicklungsperspektiven primär außerhalb des Landes durch legale Arbeitsmigration.

Nachdem Europa eine demokratische Entwicklung des Kosovos innerhalb eines demokratischen Serbiens nie ernsthaft forciert habe, sondern schon frühzeitig auf die Unabhängigkeit des Kosovos gesetzt worden sei, müsse die Unabhängigkeit jetzt konsequent politisch unterstützt werden, so Johannes Jung. Problematisch sei, dass Kosovos demokratische Vertreter politisch nicht erfolgreich seien. Bei den Mitte Mai anstehenden Parlamentswahlen in Serbien gehe es um die Entscheidung „Nationalismus oder Europa“. Seitens der deutschen Sozialdemokratie werde deshalb konsequent die demokratische DS unter Tadic unterstützt. So berichtete auch Peter Langer, der Leiter des Ulmer Donaubüros, dass im Vorfeld der Wahlen die bestehenden Kontakte des Donaubüros nach Serbien voll zur Unterstützung für Demokratie und Europa eingesetzt würden. Minderheitenprobleme seien ein Teil der europäischen Realität – doch sei es keine Lösung, Minderheiten grundsätzlich zu separieren – es müsse auch möglich sein, gemeinsam in einer Demokratie nach demokratischen Regeln zu leben, stellte Johannes Jung abschließend fest.

Hilde Mattheis sah sich durch die Veranstaltung, das rege Interesse der Anwesenden und die lebendige Diskussion ermutigt, weiterhin Bundestagskollegen mit speziellen Themenschwerpunkten nach Ulm zu holen.

**Ulm, 15.04.2008 Hilde Mattheis, MdB**

## Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



### Olga Pircher kritisiert Schmid in Sachen Kinderbetreuung „Frauenpolitischer Zynismus der Landesregierung“

Die Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung laut 15a Vereinbarung würden massiv dazu beitragen, dass die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Vorarlberg verringert werden. Als Frauensprecherin sehe ich daher überhaupt nicht ein, wie Landesrätin Schmid und Landeshauptmann Sausgruber auf rund 770 000 Euro jährlich verzichten können. Das ist fahrlässig und eine vertane Chance auf Kosten der Frauen. Es ist Faktum, dass die Einkommensunterschiede mit 34 Prozent in Vorarlberg am höchsten von ganz Österreich sind. Ich sehe den Ausbau der Kinderbetreuung auch als einen Beitrag zur Bekämpfung der Frauenarmut, besonders bei Alleinerzieherinnen. Es ist ein halbes Jahr verhandelt worden, die Förderung nach den Öffnungszeiten ist eine logische und vernünftige. Landesrätin Schmid soll endlich einsehen, dass Angebot Nachfrage schafft, auch im Bereich der Kinderbetreuung!

Das Land kann ja mit seinem Anteil dann Ergänzungen vornehmen. Das gilt auch für den Bildungsbereich. Landesrat Stermer soll anstatt Frauenministerin Bures zu kritisieren lieber konstruktiv mitverhandeln. Wenn er meint, Vorarlberg hätte nur einen Bruchteil abholen können, so ist es seine Aufgabe, sich einzubringen. Ich begrüße es ausdrücklich, dass sich die Frauenministerin verhandlungsbereit zeigt, die



schwarze Landesregierung soll sich ein Beispiel nehmen und das Angebot annehmen im Sinn von gerade in Vorarlberg so notwendigen Schritten.

SPÖ-Express 11.04.2008

### Sind 2,3 Millionen Euro für die Kinderbetreuung „kluppig“?

**SPÖ-Clubobmann Ritsch:  
„Landeshauptmann Sausgruber  
betreibt bewusste Fehlinformation“**

Als absolut inakzeptabel und eine bewusste Fehlinformation bezeichnet SPÖ-Clubobmann Ritsch die Aussage von Landeshauptmann Sausgruber, wonach Vorarlberg im Rahmen der 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuung nur 100.000,- Euro pro Jahr bekomme. „Im Gegensatz zu den Aussagen Sausgrubers haben wir aus seriöser Quelle, nämlich direkt aus dem Ministerium, erfahren können, dass das Land Vorarlberg fast 770.000,- Euro pro Jahr bekommt – so hin bis ins Jahr 2010 satte 2,3 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt bekommt“, so Ritsch in einer ersten Stellungnahme.

Ritsch verweist in diesem Zusammenhang auf den festgelegten Schlüssel zur Ausbezahlung dieser Fördermittel. Demnach würden in den Jahren 2008, 2009 und 2010 die Länder jeweils 15 Millionen Euro für den Ausbau des institutionellen Betreuungsangebotes erhalten. Aufgeteilt werde dieses Geld nach folgendem Schlüssel: 75 % für Unter-Drei-Jährige sowie 25 % für Drei-bis-Sechs-Jährige. Dies ergebe für Vorarlberg einen Anteil von 5,106 %. „I woas ned, was do dra kluppig si soll“, repliziert Ritsch auf Landeshauptmann Sausgruber.

Den Vorarlberger Familien gehen durch das parteipolitisch motivierte Verhalten Sausgrubers damit 2,3 Millionen Euro durch die Finger. Angesichts der Tat-

sache, dass gerade die Vorarlberger Landesregierung immer wieder, und auch berechtigt, den Status der Familien hervorhebt, sei dieses Verhalten besonders beschämend. Dazu Ritsch abschließend: „Landeshauptmann Sausgruber soll sofort an den Verhandlungstisch zurückkehren und diese 2,3 Millionen Euro für Vorarlberg sichern.“

SPÖ-Express 04.04.2008



## Kanton Thurgau

### SP-Verluste im Thurgau am 6. April

#### *Erneuter Aderlass der eidgenössischen Sozialdemokratie bei einer kantonalen Wahl.*

Wie bereits vor kurzem in St. Gallen, so musste die SP auch bei der Thurgauer Kantonalratswahl Federn lassen: Sie verlor 2,8% und 6 ihrer bisher 23 Sitze im Parlament. SBI-Vorstandsmitglied Peter Gubser, Präsident der SP Thurgau, konnte seinen Sitz allerdings verteidigen. In seiner Heimatstadt Arbon kam die SP mit knapp 26% wiederum auf ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis. Die neue Sitzverteilung im 130-köpfigen Kantonsrat lautet wie folgt:

Wahlergebnisse		
SVP	51	(+4)
CVP	22	(+/-0)
FDP	18	(-2)
SP	17	(-6)
GP	11	(-2)
EVP	6	(+2)
EDU	3	(+2)
glp	2	(+2)

Quelle: Homepage SBI

## Kanton St.Gallen

### Vorschau auf Geschäfte der Aprilsession

In Gossau hat sich die SP Fraktion auf die Aprilsession vorbereitet.

#### **Regierungspräsidium von Hilber zu Hanselmann**

Die SP Fraktion freut sich darüber, dass Heidi Hanselmann das Regierungspräsidium von Kathrin Hilber übernehmen wird und schlägt Heidi Hanselmann

einstimmig für dieses Amt vor. Es ist ein Novum im Kanton St.Gallen, dass zwei SP Frauen während zwei aufeinander folgenden Jahren die Regierung präsidieren.

### **Keine Parlamentsreform, jedoch Schaffung einer Kommission für Aussenbeziehungen**

Im Zuge der Verkleinerung des Kantonsrates müssen einige Anpassungen im Kantonsratsreglement vorgenommen werden. Das Präsidium schlägt nun weitergehende Änderungen vor, insbesondere die Schaffung zweier neuer ständiger Kommissionen. Die SP Fraktion hatte einen Wechsel zu einem System mit ausschliesslich ständigen Kommissionen gefordert. Die nun vorgeschlagene Änderung ist ein Zwitter, der zu Überschneidungen und unklaren Aufgaben der einzelnen Kommissionen führt. Einzig die Kommission für Aussenbeziehungen stärkt aus Sicht der SP das Parlament bei der Bildung von Konkordaten und ist deshalb einzuführen.

Die SP Fraktion wird in der kommenden Session den Antrag stellen, die bisherigen ständigen Kommissionen (Finanz-, Rechtspflege- und Staatswirtschaftliche Kommission) beizubehalten und neu eine Kommission für Aussenbeziehungen zu schaffen.

### **Sinnvolles Mammographie-Screening**

Es ist aus Sicht der SP Fraktion erwiesen, dass das freiwillige Mammographie-Screening-Programm die Brustkrebsrate im Kanton St.Gallen erheblich senkt. Bei Frauen zwischen 50 und 70 Jahren kann eine systematische und regelmässige Mammographie die Früherkennung von Brustkrebs erheblich steigern. Die SP stimmt deshalb dem II. Nachtrag zum Einführungsgesetz über die Krankenversicherung klar zu.

6. April 2008

Peter Olibet, Parteisekretär

### **Schluss mit dem Privatisierungsgerede um die Kantonalbank**

Während Grossbanken wackeln, überlegt sich die St. Galler Regierung die eigene Kantonalbank weiter zu privatisieren. Dieser Vorschlag ist zum jetzigen Zeitpunkt schlicht absurd. Die SP Fraktion wehrt sich mit aller Kraft dagegen.

Die St.Galler Regierung will eine Motion überweisen, die eine weitere Privatisierung der St.Galler Kantonalbank fordert. Zurzeit gehört die Bank mehrheitlich dem Kanton St.Gallen. Das ist auch gut so. Es gibt keinen Grund diese Aktienmehrheit zu verkaufen. Die Kantonalbank liefert erfreulicherweise jährlich erhebliche Beiträge an den Staatshaushalt ab. Ein wahrer Goldesel. Im Gegenzug dazu gewährt der Kanton der Kantonalbank aber auch eine Staatsgaran-

tie. Diese Staatsgarantie sichert die Bank im Krisenfall ab. Die Kantonalbank profitiert erheblich von diesem Status und kann sich dank dieser Staatsgarantie auf dem Bankenmarkt behaupten.

Jetzt will die Regierung die Bank ohne ersichtlichen Vorteil für den Kanton verschachern. Die aktuelle Bankenkrise zeigt einerseits, wie schnell eine Bank zugrunde gewirtschaftet werden kann und andererseits, wie notwendig es für Sparerinnen und Sparer sowie Hypothekarzinsnehmende sein kann, dass ihnen eine sichere, lokale Bank zur Verfügung steht. Eine Privatisierung der St.Galler Kantonalbank öffnet Tür und Tor für Abzocker und Manager, die nur auf satte Boni aus sind. Die SP sagt klar nein zu einer Verscherbelung des Tafelsilbers und wehrt sich dagegen, dass die Kantonalbank in die Hände von Ospel & Co. fällt.

**Für Rückfragen:**

**Claudia Friedl, Parteipräsidentin**

**Peter Olibet, Parteisekretär**

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

### **Gerster sorgt für Spiel FC Bundestag gegen Stiftung Lebensqualität Burgrieden**

BERLIN/BURGRIEDEN (zel) - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat als Mitglied des FCs Bundestag die Fußballmannschaft des Parlaments dazu bewegen können, ein Spiel gegen eine Auswahl der Bürgerstiftung Lebensqualität Burgrieden abzuhalten. „Als Mannschaftsmitglied habe ich das Vorschlagsrecht“, erläuterte Gerster. „Ich habe mich dieses Jahr für die Burgriedener eingesetzt, nachdem von der Bürgerstiftung im Januar eine Anfrage gekommen war.“ Er freue sich, am 22. April voraussichtlich ab 18 Uhr im Ludwig-Jahn-Sportpark im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg gegen Hobbyspieler aus seinem Wahlkreis antreten zu können. Offen ist noch, ob der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete in der Halbzeitpause die Seiten wechseln und im Trikot der Bürgerstiftung Lebensqualität weiterspielen wird.

Als eins von 20 Teammitgliedern spielt Gerster in der Verteidigung, während beispielsweise Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung voraussichtlich wieder links außen angreifen wird. Jedes Jahr absolviert der FC Bundestag zumeist für einen guten Zweck ein gutes Dutzend Spiele gegen Hobbymannschaften.

**04.04.2008**

**Wolfgang Heinzel, Büroleiter MdB Martin Gerster**

## **MdB Gerster zeigt Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung**

BIBERACH (zel) - Der Biberach-Wangener SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster stellt jetzt in seinem Bürgerbüro allen Interessierten Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung. „Als Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale halte ich es für wichtig, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger über die politischen Vorgänge in unserem Land und in der Welt qualifiziert informieren können“, sagt Gerster.

Montags bis freitags zwischen 8 und 17 Uhr können Interessierte sich im Bürgerbüro Martin Gersters gegenüber dem Biberacher Bahnhof über die Neuerscheinungen der Bundeszentrale für politische Bildung informieren. Neben Zeitschriften und Zeitungen sind in einem Infoständer (siehe Foto) auch Ansichtsexemplare neuer Bücher anzuschauen, die über ein ebenfalls bereitliegendes Formular gegen Portokosten und eine geringe Kostenpauschale zwischen zwei und sechs Euro bestellt werden können. Außerdem liegt ein Verzeichnis aller Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung aus.

Nähere Informationen gibt's im Bürgerbüro Martin Gerster MdB, Poststraße 7, 88400 Biberach, Telefon 07351/3003000, Telefax 07351/3003001, Internet [www.martin-gerster.de](http://www.martin-gerster.de).

**07.04.2008**

**Wolfgang Heinzel, Büroleiter MdB Martin Gerster**

### **„Jugend und Parlament“**

### **MdB Gerster benennt Gisela Horstmann aus Hochdorf**

BERLIN/HOCHDORF - Gisela Horstmann aus Hochdorf nimmt in Berlin an der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ teil. Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat die 19-Jährige Schülerin des Biberacher Wieland-Gymnasiums soeben für diese hochkarätige Veranstaltung des deutschen Bundestags ausgewählt, vier Tage lang in einem groß angelegten Planspiel die parlamentarischen Wege der Gesetzgebung mit zu durchleben.

„Gisela kann jetzt in der Bundeshauptstadt zeigen, ob politisches Talent in ihr steckt“, sagte Gerster. Die 308 Teilnehmer von „Jugend und Parlament“, davon zwölf von baden-württembergischen SPD-Abgeordneten entsandt, werden zwischen 31. Mai und 3. Juni den kompletten Gesetzgebungsweg von der Wahl eines Fraktionsvorstands über Fraktions-, Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen bis zur dritten

Lesung eines Gesetzes mit Schlussabstimmung im Plenum durchspielen. Nach einer Podiumsdiskussion mit Parteienvertretern aus dem realen Bundestag wird Bundestagspräsident Norbert Lammert das Schlusswort halten und sich mit den Teilnehmern fotografieren lassen.



09.04.2008

Wolfgang Heinzl, Büroleiter MdB Martin Gerster

## MdB Gerster zieht tageweise in brasilianisches Elendsviertel

BERLIN/SALVADOR DE BAHIA - Der Biberach-Wangener SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster wohnt in der nächsten Woche einige Tage bei einer Familie in der brasilianische Metropole Salvador da Bahia, um sich persönlich Eindrücke vom Leben in Armut und Ausgrenzung zu verschaffen. Auf Vermittlung der katholischen Hilfsorganisationen Misereor und Adveniat werden die 49-jährige Joana Maria do Nascimento und ihre Angehörigen Gerster in ihr schwieriges Alltagsleben integrieren.

Die Familie lebt im Problemstadtteil Lobado in einfachen Verhältnissen. Vater Waldemar Pereira do Nascimento und Bruder Josemar Pereira do Nascimento sitzen beide aufgrund ihrer Diabeteserkrankung im Rollstuhl. Dennoch ist die Familie in der stark engagiert in der Aufklärungsarbeit zu HIV/AIDS engagiert. Vom Aufenthalt in der Familie erhofft sich Martin Gerster wichtige persönliche Erfahrungen für seine Arbeit im Deutschen Bundestag.

10.04.2008

Wolfgang Heinzl, Büroleiter MdB Martin Gerster

**Bayern  
SPD-Kreisverband  
Lindau**

**Nach über 40 Jahren im Dienste  
der SPD macht Hermann**

## Dorfmüller Platz

Schon 1966 setzte er sich im Landtags- und Kommunalwahlkampf für die SPD ein, deren Volksbegehren „Gemeinsam zur Schule“ gegen die „konfessionelle Apartheidspolitik der CSU-Regierung an Volksschulen“, wie er es nannte, in Lindau zu einem bayerischen Spitzenplatz verhalf. 1967 ist er dann der Lindauer SPD beigetreten, von der er - die Wahlen waren ja vorbei - nichts weiter mehr hörte.

Im März 1968 war er einer der Initiatoren bei der Gründung des Republikanischen Forums Lindau, eines Zusammenschlusses kultur- und kommunalpolitisch interessierter Bürger, der sich jenseits der großen Koalitionen in Bonn und im Lindauer Stadtrat eher der außerparlamentarischen Opposition in den deutschen Universitätsstädten zurechnete. Mit seinem Memorandum zur Lindauer Kulturpolitik, in dem es sich forsch mit Brauchtumpflege, Blasmusik und Boulevardtheater auseinandersetzte, provozierte es einen verbitterten Streit mit dem Lindauer „Establishment“, das bis dahin mehr oder weniger unfallfrei vor sich hingeschlafen hatte.

1969 wurde Hermann Dorf Müller vom damaligen SPD- Orts- und Fraktionsvorsitzenden nur noch als Störfaktor gesehen. Doch er wurde als Bildungsreferent in den Kreisvorstand gewählt und gründete die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in Lindau, die fortan tonangebend in der öffentlichen Wahrnehmung der SPD wurde. In diese Zeit fiel der Kampf um ein Jugendzentrum in Lindau, das Hermann Dorf Müller dann 1973 einweihen konnte.

In der Kommunalwahl 1972 wurde Hermann Dorf Müller auf Platz vier in den Stadtrat und in den Kreistag gewählt. In der Bundestagswahl - der berühmten Willy-Wahl- verringerte sich der Stimmenabstand zur CSU in Lindau um fast 10 Prozent. Dazu bedurfte es einer nie da gewesenen Mobilisierung, die vorwiegend von den Jusos getragen wurde. Bei der Siegesfeier der Jusos im Schloss Holdereggen reichte der Platz einfach nicht aus für die vielen Helfer und Gratulanten. Otto Tews, der damalige Kassier des Ortsvereins Lindau: „Das war ein Sieg der Jungen!“

1973 wurde Dorf Müller dann Ortsvorsitzender. In diesem Jahr geht die Aufbruchstimmung in der SPD zu Ende. Willy Brandt war als Kanzler zurückgetreten. Hermann Dorf Müller: „Unser Parteibuch ist keine billige Rückversicherung, sondern eine Kampfansage!“

1974 verlässt der Abgeordnete Günter Wirth den Stimmkreis Lindau und kandidiert in Kempten. Hermann Dorf Müller folgt ihm als Landtagskandidat, hat aber keine Chancen auf Erfolg.

1978 gibt es eine Ausstellung im Lindauer Cavazzen über Widerstand und Verfolgung im Dritten Reich. Dorf Müller erinnert in einem Leserbrief an die Verfolgung der Lindauer Sozialdemokraten und bemerkt darin, wenn heute Sozialdemokraten wie der Lindauer



er Lehrer Edgar Vögel in Bayern als angebliche Extremisten mit Berufsverbot belegt werden, sei es Zeit Widerstand zu leisten. Er wird zu einer „Anhörung“ zur Regierung von Schwaben zitiert und bekommt eine Disziplinarstrafe, weil er als Beamter ganz offensichtlich nicht sagen darf, was er denkt.

Dies hindert ihn nicht daran, sich im Widerstand gegen die Seeuferbebauung am Lindauer Wäsen zu engagieren. Dabei gerät er nicht zum ersten Mal mit den Lindauer Landrat Klaus Henninger aneinander. Die Losung, „Am See Natur und nicht Beton!“ ist letztlich doch erfolgreich.

1978 tritt er als Ortsvorsitzender nicht mehr an: „Ich habe so oft hören müssen, ich habe keine Zeit. Heute frage ich mich, warum ich immer Zeit hatte!“

Nun sickert durch, dass der Lindauer Kreistag als Nachfolger für den Chefarzt des Lindauer Krankenhauses einen neuen berufen hatte, ohne dass Landrat Henninger darüber informiert hatte, dass gegen den neuen Bewerber Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung laufen. Da gerät Dorf Müller wieder mit Henninger aneinander. Die SPD duckt sich weg.

Trotzdem wird er nun Kreisvorsitzender und bleibt es zehn Jahre lang. Da Lattmann nicht mehr in den Bundestag will, wählt der SPD-Unterbezirk Allgäu aus drei Bewerbern Hermann Dorf Müller zum Bundestagskandidaten. Der Allgäuer Listenplatz geht jedoch auf dem Bezirksparteitag im Januar 1980 mit zwei Stimmen Vorsprung an den Unterbezirk Augsburg Land. Dafür bietet die Regierung von Schwaben Dorf Müller an, was sie ihm vorher verweigert hatte: Er darf in den Auslandsschuldienst, wenn er bis Ostern Bayern verlässt. Er bleibt auf dem Posten, obwohl er keine Chancen hat, in den Bundestag zu kommen. Dafür wir nun sein Unterrichtsamt politisch überwacht. Sein Wahlkampf ist von der etwas anderen Art. Mit seiner Frau Gudrun wandert er auf der geplanten Autobahntrasse über das Westallgäu bis ins Weitnauer Tal, wo er überall von seiner Wählerinitiative empfangen wird. .

1981 kommt der SPD Bezirk Südbayern in Lindau zusammen. Willy Brandt wird von der GEW-Songgruppe mit Hermann Dorf Müller mit einem Lied gegen die Nachrüstung empfangen. Das Fernsehen überträgt Der Stadtrat beschließt auf seinen Antrag, wie die Stadt Nürnberg keine Maßnahmen zu unterstützen, die dem Transport und der Stationierung von Atomwaffen in Lindau dienen. In der Peterskirche wird auf seinen Antrag hin eine Tafel für die Lindauer Opfer des Nationalsozialismus aufgestellt. Die Namen muss der Antragsteller schon selber herausbekommen.

Die nächste Auseinandersetzung mit Landrat Henninger sieht Hermann Dorf Müller wieder in der ersten Reihe. Es formiert sich der Widerstand gegen den Bau des Golfplatzes Weißensberg:

Nach dem Sturz von Bundeskanzler Helmut Schmid stellen die Allgäuer Sozialdemokraten Hermann

Dorf Müller wieder zum Bundestagskandidaten auf. Die Nachrüstung wird zum zentralen Thema. Dorf Müller: „Jede Rakete, ob sie nun auf uns gerichtet ist oder von uns abgefeuert werden kann, bedroht unser Leben!“ Einstimmig wird die von ihm verfasste „Lindauer Erklärung von den SPD-Kreisverbänden am den See beschlossen.

Beim Aufruf zur Phantasie gastiert der Passauer Kabarettist Sigi Zimmerschied mit seiner „Jahreshauptversammlung im Himmel“ in Lindau. Vom Dekan abwärts bis zu den aufgeregten Kanzelschwalben, von den CSU-Größen bis zu den anonymen Schwarzen, die pseudochristlichen Stalinorgeln schießen aus allen Rohren in beiden Tageszeitungen des Landkreises. Obwohl keiner in der SPD-Veranstaltung war, sind sie sich einig: Dorf Müller verbreitet Gotteslästerung. Ein Redakteur des Westallgäuer, der dies kritisch kommentiert, verliert postwendend seinen Posten.

1984 kommt die Berliner Compagnie auf Einladung der Friedensinitiative Lindau mit ihrem Stück gegen die Nachrüstung, „der Prozess gegen die Neun von Catonsville“ nach Lindau. Hermann Dorf Müller kann ein Publikum begrüßen, das die Inselhalle bis zum letzten Platz füllt.

Nach der Stadtratswahl kommt es zu einer geheimen Absprache zwischen den CSU- und SPD-Fraktionsvorsitzenden. Um eine Teilnahme der zwei neuen Stadträte der Bunten Liste an den Ausschüssen zu verhindern, stimmt die Mehrheit der SPD Fraktion mit der CSU dagegen. Jetzt kommt es zum endgültigen Bruch mit dem Vorsitzenden. Im Kreistag fordert Dorf Müller eine Bezuschussung von Bio-Gasanlagen und Energieberatung durch den Landkreis.

Im Landtagswahlkampf 1986 ging es wieder einmal um den freien Zugang zum Bodenseeufer. Mit Blick auf den gesperrten Seeuferweg bei der Leuchtenberg-Villa wurden an den Absperrungen von Hermann Dorf Müller zwei Freistaat Bayern Tafeln mit der Aufschrift: „Halt! Hier endet der Geltungsbereich der Bayerischen Verfassung!“ aufgestellt.

Auf dem Bezirksparteitag der Südbayerischen SPD war der Allgäuer Bundestagskandidat Hermann Dorf Müller mit deutlicher Mehrheit auf einen sicheren Platz gewählt worden. Die Landesvertreterversammlung kippte jedoch diesen Beschluss zugunsten des amtierenden Abgeordneten aus Augsburg. Die Verbitterung im ganzen Allgäu ist groß. Das macht sich auch im Wahlergebnis bemerkbar.

Im Sommer 1988 klagt die Erbgemeinschaft der Leuchtenberg-Grundstücke auf Herausnahme ihrer Grundstücke nördlich der Eichwaldstraße aus dem Landschaftsschutzgebiet. Landrat Henninger schlägt sich entgegen dem Beschluss des Kreistages auf die Seite der Kläger. Wieder entsteht eine Auseinandersetzung, in der Dorf Müller die SPD vertritt.

Für die Europawahl nominiert die Allgäuer SPD Hermann Dorf Müller und bekommt durch einen Deal

um den Listenplatz von Günter Wirth (Kempton) zugunsten des Landtagsabgeordneten Herbert Müller (Memmingen) das „Schwabenvotum“. Dies nutzt Hermann Dorf Müller wenig. Er sieht sich drei Gegenkandidatinnen und der Zumutung gegenüber, gegen seinen Freund aus Juso-Zeiten, Jannis Sakelariou anzutreten, um von den Frauen unterstützt zu werden. Dagegen verwahrt er sich: „Ich habe in dieser Partei schon viele Abstimmungen verloren. Ich gedenke aber nicht, meinen guten Ruf zu verlieren!“ Damit gewinnt er den damals als sicher geltenden Platz 33 auf der deutschen Europawahl-Liste. Am Schluss gewann die SPD wegen des Einzugs der Republikaner und der FDP ins Europa-Parlament jedoch nur 31 Sitze.

1990 kandidiert er aus Protest gegen die Fraktionsführung im Lindauer Stadtrat nicht mehr, wohl aber für den Kreistag, wo er sich vor allem dem Umbau der Abfallverbrennung in eine Recyclingwirtschaft widmet.

Im Februar 1992 bekommt Hermann Dorf Müller den Sozialistenhut des Kreisverbandes Lindau und reiht sich mit dieser Ehrung in eine lange Reihe prominenter Sozialdemokraten ein. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Herta Däubler-Gmelin hält auf ihn die Laudatio.

1999 feiert die SPD ihr hundertjähriges Bestehen. Hermann Dorf Müller bringt dazu sein Buch, „Von Schmugglern und Gendarmen, Revoluzzern und Ratsherren -hundert Jahre Sozialdemokraten in Lindau“ heraus.

Im Sommer 2003 erhält er die höchste Auszeichnung der bayerischen SPD: die Georg von Vollmar-Medaille. Der Ortsverein bereitet ihm ein stilvolles Fest im kleinen Rathaussaal.

Mit seiner Kandidatur in einer erneuerten SPD-Mannschaft zur Stadtratswahl 1996 wird er im Ortsverein wieder aktiv und Vorsitzender der neuen Stadtratsfraktion. Auf seine Anträge gehen viele Aktivitäten zurück: Neugestaltung des Hitlerjungenbrunnens, Lindau-Pass für Sozial Schwache, Inselbahnhof erhalten, Sozialarbeiter an Lindaus Hauptschulen...

Vom Stadtrat der Lindauer Partnerstadt Chelles wird er 2004 zum Ehrenbürger für seine Verdienste um den Jugendaustausch ernannt.

2002 kandidiert er letztmals für Stadtrat und Kreistag und gibt seinen Fraktionsvorsitz 2005 wie angekündigt zur Halbzeit ab. In der Politik ist es wie mit unserem Wald, sagt er. Aus unseren Fichtenplantagen müssen die alten Fichten herausgeschlagen werden, damit Platz entsteht für junge Bäume, die anders gewachsen sind: Eichen, Buchen, Eschen usw. Dann entsteht ein gesunder Wald mit bunten Farben. Er selber sei aber keine alte Fichte. Er müsse nicht warten, bis er abgesägt wird. Er mache jetzt Platz.

Im Dezember 2006 bekommt er das Bundesverdienstkreuz verliehen, wofür ihn bereits 1989 Landrat Henninger vorgeschlagen hatte.

Bei der Kommunalwahl 2008 verliert die SPD einen Sitz, da sie seiner Meinung nach nicht den notwendigen Mut aufgebracht hat, der Listenverbindung aus CSU und FB eine Listenverbindung aus SPD, Bunte Liste, Freien Wählern und ÖDP entgegen zu setzen.

**Claudia Sigolotto, Vors. SPD-Kreisverband Lindau**

## Termine

**14.04.2008**

**Norbert Zeller 20 Jahre im Landtag :**

**der Rote Seehas gratuliert und wünscht alles Gute**

**24.04.2008**

**Podium 'berufliche Bildung' im Rahmen der Kampagne Bildungsaufbruch im Bodenseekreis**

**19.30 Uhr bis 22.00 Uhr**

**Aula der Droste-Hülshoff-Schule im Berufsschulzentrum Friedrichshafen**

[Infolink](#)

**26.04.2008**

**SBI-Podium: Bildungsgerechtigkeit im Dreiländereck Österreich, Schweiz, Deutschland mit Rudolf Bosch, Rektor der Kuppelnauschule in Ravensburg, MdL Norbert Zeller, Elmar Mayer, Nationalrat und Europaabgeordneter aus Österreich/Vorarlberg, Walter Berger, Amtchef des Amtes für Volksschule im Kanton Thurgau und MdL Norbert Zeller**

**10.00 Uhr bis 12.00 Uhr**

**städtische Musikschule Friedrichshafen, Wendelgardstr. 23**

[Infolink](#)

**26.05.2008**

**Kreisvorstandssitzung**

**19.30 Uhr bis 22.00 Uhr**

parteiöffentlich

**ASF:**

## **Jetzt sind wir dran. Es muss Schluss sein mit der Lohndiskriminierung von Frauen**

*Anlässlich des ersten „Equal Pay Day“, der am 15. April 2008 erstmals in Deutschland begonnen wird, erklärt Elke Ferner, MdB, die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF):*

Nicht nur am 8. März, dem Internationalen Frauentag, setzen sich Frauen für ihre Rechte ein. Zu gleichen Rechten gehört auch gleiche Bezahlung und das Ende der Lohndiskriminierung von Frauen.

Wir danken dem Frauennetzwerk "Business and Professional Women BPW Germany", dass es zusammen mit anderen in Deutschland mit dem ersten so genannten Equal Pay Day mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen und der Initiative „Rote Tasche“ das Problem in die Öffentlichkeit bringt.

Wenn wir die Lohnschere zwischen Frauen und Männern reduzieren wollen, brauchen wir gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, faire und Existenzsichernde Löhne für gute Arbeit und diskriminierungsfreie tarifliche Einordnung so genannter typischer Frauenberufe genau so wie die Umgestaltung des Ehegattensplittings und die Neuordnung der Lohnsteuerklassen. All dies wirkt sich darauf aus, was Frauen in der Tasche bzw. auf dem Gehaltskonto haben.

Deshalb brauchen wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen, damit Frauen das bekommen, was sie verdienen. So wird ihre Arbeit und ihre Qualifikation anerkannt, so können sie ihre Existenz sichern, für ihre soziale Sicherung sorgen und fürs Alter vorsorgen. Von der Bundesministerin von der Leyen haben Frauen außer viel Verständnis nichts zu erwarten, denn konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen lassen immer noch auf sich warten. Darum müssen die Frauen sich selbst kümmern. Wie zum Beispiel am Equal Pay Day. Die SPD ist an ihrer Seite.

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

## **Bundestagsabgeordnete Gerster und Arnold diskutieren mit Bürgern**

### **Zukunft der Bundeswehr in der Region ist Thema**

BERLIN/BIBERACH (zel) - Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, kommt in den Landkreis Biberach. Zusammen mit seinem örtlichen Fraktionskollegen Martin Gerster wird er sich über die Zukunft der Bundeswehr in der Region informieren. Am Montag, 28. April, werden beide nachmittags die Luftwaffenwerft in Ummendorf besuchen und abends ab 18 Uhr im Schloss Großlaupheim mit Interessierten über die neuen Anforderungen für die Streitkräfte und neue Herausforderungen für die Sicherheit Deutschlands sprechen. Moderiert wird die Fraktions-vor-Ort-Veranstaltung vom Laupheimer SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Frederic Striegler. Der Eintritt ist frei.

„Wir möchten darüber mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und ihre Anregungen am Bundeswehrstandort Laupheim aufzunehmen“, teilte der SPD-Abgeordnete für den Wahlkreis Biberach, Martin Gerster, mit. Eine unmittelbare militärische Bedrohung an Deutschlands Grenzen existiere zwar nicht mehr. „International agierende terroristische Organisationen stellen uns jedoch vor neue Herausforderungen.“ Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, ergänzte im Vorfeld seines Besuchs im Landkreis Biberach, dass bei allen Reformen im Sicherheitsbereich und neuen Einsatzfeldern im Ausland die Belange von Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigten berücksichtigt werden müssten. „Die SPD-Bundestagsfraktion will auf keinen Fall, dass die Bundeswehr zu einer Art Ersatzpolizei wird oder als Lückenbüßer für fehlendes Personal bei der Landespolizei herhalten muss.“ Vielmehr gehe es darum, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber zu erhalten und die Ausstattung der Bundeswehrstandorte zu verbessern. Dazu ist es den SPD-Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold und Martin Gerster wichtig, mit möglichst vielen Bürgern am Abend des 28. Aprils ab 18 Uhr im Schloss Großlaupheim bei freiem Eintritt den Meinungs austausch zu pflegen.

## Impressum

### Herausgeber:

SPD Kreisverband Bodenseekreis (Kreisvorsitzender Jochen Jehle)  
und  
Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

### Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg      Tel.: 07532/313048  
e-mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren      Tel.: 07542/21012  
e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

### Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Hilde Mattheis, MdB:	<a href="mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de">Hilde.Mattheis@bundestag.de</a>
Helmut Zorell und Martin Mendler: Sprecherkreis DL 21 Landesgruppe:	<a href="mailto:helmut.zorell@spd.landtagbw.de">helmut.zorell@spd.landtagbw.de</a>
Helge Körber:	<a href="mailto:spoerkel@gmx.de">spoerkel@gmx.de</a>
Wolfgang Drexler:	<a href="mailto:Koerber.Helge@web.de">Koerber.Helge@web.de</a>
Büro MdL Norbert Zeller:	<a href="mailto:wolfgang.drexler@spd.landtag-bw.de">wolfgang.drexler@spd.landtag-bw.de</a>
	<a href="mailto:norbert.zeller@mdl.landtag-bw.de">norbert.zeller@mdl.landtag-bw.de</a>
	<a href="mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de">norbert.zeller@spd.landtag-bw.de</a>
Evelyne Gebhardt, MdEP	<a href="mailto:Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu">Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu</a>
Hubert Lötsch: SPÖ PRESSEDIENST NEWSLETTER:	<a href="mailto:hubert.loetsch@spoe.at">hubert.loetsch@spoe.at</a>
Homepage SBI:	<a href="mailto:news@spoe.at">news@spoe.at</a>
Peter Olibet:	<a href="mailto:kantonalpartei@sp-sg.ch">kantonalpartei@sp-sg.ch</a>
Büro Martin Gerster, MdB:	<a href="mailto:Martin.Gerster.wk08@wk.bundestag.de">Martin.Gerster.wk08@wk.bundestag.de</a>
Wolfgang Heinzel:	<a href="mailto:Wolf99maci@aol.com">Wolf99maci@aol.com</a>
Claudia Sigolotto:	<a href="mailto:claudia.sigolotto@t-online.de">claudia.sigolotto@t-online.de</a>
Elke Ferner, MdB:	<a href="mailto:asf@spd.de">asf@spd.de</a>
	<a href="mailto:pressestelle@spd.de">pressestelle@spd.de</a>

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

**[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)**

**[\(Karl-Heinz König\)](#)**

**[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)**